

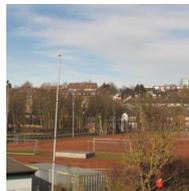
Einwohnermeldeamt: Nocke hilflos

Seite 2.



Umbau Heckinghauser Straße

Seite 7.



Sanierung Sportplatz Grundstraße beschlossen

Seite 6.



■ Nachgefragt I: Zeitplan Gesamtschule Heckinghausen, Seite 5.

Wann beginnen die Bauarbeiten für die siebte Gesamtschule?

■ Nachgefragt II: Schulsekretariatsstunden ausweiten, Seite 8.

Welche Maßnahmen können die Situation an den Schulsekretariaten verbessern?



■ Seilbahn: SPD zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens bereit, Seite 4.

Auch im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens ist eine Bürgerbeteiligung vorgesehen.

Denkwürdige Ratssitzung



Eine derart turbulente Sitzung des Rates der Stadt Wuppertal hat das Rathaus in Barmen schon länger nicht mehr erlebt.

Das sicherlich bemerkenswerteste Thema der vergangenen Ratssitzung war die gesetzlich vorgeschriebene Neueinrichtung eines fünften Geschäftsbereiches. In einer teilweise turbulenten Diskussion wurden die unterschiedlichen Positionen zwischen der CDU, den Grünen, der Freien Wähler auf der

einen Seite und der SPD, der Linkspartei, der FDP und den beiden Stadtverordneten der WfW auf der anderen Seite, deutlich.

Den Vorwurf, dass die CDU und ihre Bündnispartner lediglich eine machtpolitische Beschneidung des Oberbürgermeisters und der sozi-

aldemokratischen Beigeordneten herbeiführen wollen, konnten diese nicht widerlegen. Dass dazu die Mehrheit unter Aufbietung der Stadtverordneten der CDU, der Grünen und der Freien Wähler sowie der zwei Stimmen der Rechtsradikalen benötigt wurde, ist in den Mantel des Schweigens zu hüllen.

Bleibt zu hoffen, was sich allerdings noch im Weiteren zeigen muss, ist, dass damit eine Geschäftsbereichsleitung gefunden werden kann, die im Interesse aller Wuppertalerinnen und Wuppertaler, und nicht nach parteipolitischen Vorgaben dieser Ratsmehrheit agieren wird.

Fraktionsvorsitzender im Gespräch:

Im Nachgang zu der letzten Ratssitzung führte rat aktuell ein Interview mit Klaus Jürgen Reese, SPD-Fraktionsvorsitzender.

rat aktuell:
Fühlt sich Ihre Fraktion, wie es die Rundschau kommentiert, allein?

„Ich weiß nicht, wie man zu

dieser Meinung kommen kann. Da muss jemand die Ratssitzung, nur teilweise verfolgt haben.

rat aktuell:
Was bringt Sie zu dieser Aussage?

Die letzte Ratssitzung wurde durch unterschiedlichste Mehrheiten geprägt.



Klaus Jürgen Reese.

Forderung: Ordnungsdienst weiter verbessern

„In der letzten Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit haben wir einen Antrag zu einem detaillierten Sachstandsbericht über die Arbeit des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) eingebracht. Der KOD leistet gute Arbeit. Dennoch möchten wir, dass auf der Grundlage der bisher geleisteten Arbeit der Ordnungsdienst weiter optimiert wird“, erläutert Heiko Meins, ordnungspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, den Antragsentwurf.

„Aufbauend auf diesem Sachstandsbericht wollen wir die Diskussion führen,

wie und mit welchen Mitteln die Arbeit des KOD verbessert werden kann. Was wir ausgesprochen positiv bewerten, ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen KOD, Kreispolizeibehörde und den Sozialdiensten“, so Meins weiter.

Keine Hilfspolizei

„Allerdings entspricht es nicht unseren Vorstellungen, dass der KOD zu einer kommunalen Hilfspolizei ausgebaut wird. Wenn unsere Forderung nach einer Verbesserung der Arbeit des Ordnungsdienstes im politischen Raum eine Mehrheit findet, muss auch die Frage



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kommunalen Ordnungsdienstes sind in vielen Belangen direkte Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger.

nach den finanziellen Mitteln beantwortet werden. Und dieses sicher nicht zuletzt mit dem Blick auf die

Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen des KOD“, so Meins abschließend.

Einwohnermeldeamt: Nocke hilflos



Im Einwohnermeldeamt sind nur schwer Termine zu bekommen.

„Es ist schon eigenartig: Der für das Personal zuständige Beigeordnete Dr. Johannes Slawig erklärt im Finanzausschuss, dass im Einwohnermeldeamt fast alle Stellen besetzt seien, aber Termine sind dennoch kaum zu bekommen. Die erneut aufgetretenen Personaleng-

pässe lassen demnach nur einen Schluss zu: Der Beigeordnete Matthias Nocke ist bei der Steuerung des Einwohnermeldeamtes offensichtlich überfordert und damit hilflos“, führt Klaus Jürgen Reese, SPD-Fraktionsvorsitzender, mit der gebotenen Deutlichkeit aus.

Trotz der zahlreichen Steuerungsmaßnahmen gelingt es dem zuständigen Geschäftsbereich 2.2 Sicherheit und Ordnung nicht, die Leistungen so zu optimieren, dass das Einwohnermeldeamt auch nur annähernd dem Servicegedanken der Stadtverwaltung gerecht wird.

GB 2 missachtet Ratsbeschlüsse

Heiko Meins, Sprecher der SPD-Fraktion im Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit, weiter: „Die Leitung des GB 2 missachtet nicht nur die Ratsbeschlüsse zur Optimierung des Einwohnermeldeamtes, wie den Beschluss vom 4. Juli 2016, sie handelt massiv gegen den o. g. Servicegedanken zu Lasten der Wuppertalerinnen und Wuppertaler und der Kolleginnen und Kollegen.

Im Vorfeld der Reisezeit der Osterferien und durch die vorgesehene Reduzierung der Öffnungszeiten der Zentrale am Steinweg ab dem 15.03.2019 entsteht eine erneute Dringlichkeit von Verbesserungen der Leistungsfähigkeit des Ein-

wohnermeldeamtes. Der jetzt vorgelegte Sachstandsbericht zeigt leider nur die Hilflosigkeit des Beigeordneten auf. Wir fordern, dass hier jetzt endlich eine dauerhafte Lösung gefunden wird.“

Zum Hintergrund:

Die Verwaltung hat in den letzten Jahren insgesamt bereits sechs Mal über die Personalsituation, vorgenommene Optimierungen, Sofortmaßnahmen sowie technische und organisatorische Maßnahmen im Einwohnermeldeamt berichtet. So u. a. auch am 28.10.2014, 16.06.2015, 23.02.2016, 25.10.2016, 20.02.2017 und zuletzt am 31. Januar 2019.

Fortsetzung des Interviews mit dem Fraktionsvorsitzenden

Ein Beispiel ist der Beschluss, an der Parkstraße eine Gewerbefläche auszuweisen. Dieser wurde mit der CDU gegen die Grünen, die Linke und die Freien Wähler gefasst.

rat aktuell:

Reicht Ihnen dieses als Beleg?

Der Antrag auf Ablehnung des Planverfahrens ‚Kleine Höhe‘ wurde mit den Stimmen von SPD und CDU gefasst.

rat aktuell:

Wurden alle anderen Entscheidungen gegen Ihre Fraktion getroffen?

Mitnichten. Der Antrag

‚Mehr Grün in der Stadt‘ wurde durch unseren Änderungsantrag erst mehrheitsfähig. Eine Resolution zur Frage der Menschenrechte in unserer Partnerstadt Matagalpa, angestoßen durch den Freundeskreis, wurde von allen Fraktionen getragen. Bei der Erklärung des Rates zum Erhalt der Oberbürgermeister - Stichwahl waren die Christdemokraten gegen alle anderen Faktionen mit ihrer Ablehnung allein auf weiter Flur.

rat aktuell:

Also doch eine mehr oder weniger normale Ratssitzung?

Auf keinen Fall. Die Fraktionen von CDU, den Grünen und der Freien Wähler müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie sich bei der Neuverteilung der Geschäftsbereiche zunächst außerhalb der Gemeindeordnung, dann mit Verfahrenstricks und leider nicht zu guter Letzt mit den Stimmen der Rechtsradikalen agiert haben. Dieses hat man mit einer geheimen Abstimmung, beantragt von den Grünen, verschleiert.

rat aktuell:

War dieses ein Tabubruch?

Ein klares ja. Wie das sogenannte Kernbündnis in Zukunft agieren möchte,

werden wir sehen müssen. Die Bewertung einer solchen Vorgehensweise obliegt primär den Wuppertalerinnen und den Wuppertalern.

rat aktuell:

Wie wird die SPD-Fraktion weiter agieren?

Zunächst sind wir für alle demokratischen Fraktionen gesprächsbereit. An unserer Maxime ‚Ein gutes sozialdemokratisches Politikangebot für Wuppertal‘ werden wir festhalten. Was für uns nicht in Frage kommt, ist eine Zusammenarbeit mit sogenannten Politikerinnen und Politikern, die ganz am Rand unseres Grundgesetzes stehen.

Bürgerbudget Wuppertal geht in die zweite Runde

Auch in diesem Jahr stellt die Stadt Wuppertal ein eigenes Bürgerbudget für Ideen aus der Bürgerschaft zur Verfügung. Phase 1, also das Einreichen konkreter Projektideen, läuft vom 27. Februar bis zum 17. März 2019. Die Projektideen können entweder online unter: www.talbeteiligung.de/buergerbudget eingereicht werden, telefonisch unter 563 57 49 oder 563 61 94, oder in einer der insgesamt 17 Bezirksstationen. Wo diese sind, erfährt man ebenfalls über die o.a. Internetseite.

Phase 2

Vom 1. bis zum 21. April 2019 läuft die sogenannte Phase 2 des Bürgerbudgets. In dieser Zeit kann jeder die eingegangenen und den Kri-

terien entsprechenden Projektideen bewerten und für die TOP 100 abstimmen.

Phase 3

In der Zeit vom 4. bis 18. September 2019 läuft die dritte und letzte Phase des Bürgerbudgets. Hier werden die finalen TOP 30 Projektideen noch einmal aus- und zur Wahl gestellt. Auf der Wahlparty am 18. September werden aus diesen 30 Ideen die Gewinner ausgemittelt. „Das Projekt Bürgerbudget wurde in 2018 von der Bürgerschaft sehr gut angenommen und hat tolle Ideen hervorgebracht. Ich bin schon sehr gespannt, welche Projekte in diesem Jahr vorgestellt werden“, so der Fraktionsvorsitzende Klaus Jürgen Reese.



Seilbahn für Wuppertal: SPD zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens bereit



Im Rahmen eines sog. Planfeststellungsverfahrens kann jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden (z. B. durch Lärm), Einwände gegen den Plan erheben.

„Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal ist bereit dazu, über das Projekt Seilbahn zu entscheiden. Die Einleitung für die Planfeststellung kann unserer Meinung nach von der Verwaltung vorbereitet werden“,

erklärt Klaus Jürgen Reese, SPD-Ratsfraktionsvorsitzender.

Nach Ansicht des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden seien jetzt nur noch solche Fragen zu diesem Projekt offen, die auch in einem Planfeststellungsverfahren, kurz PFV genannt, einer endgültigen Klärung zugeführt werden könnten. Im Vorfeld ist ein intensives Bürgerbeteiligungsverfahren im Rahmen einer Planungszelle durchgeführt worden.

Dazu führt Klaus Jürgen Reese weiter aus: „Wer jetzt weitere freiwillige und unverbindliche Bürgerbefra-

gungen durchführen will, muss sich dem Verdacht aussetzen, dass er sich um die Entscheidung im Rat drücken möchte. Zumal im Rahmen eines PFVs ja eine weitere umfangreiche Bürgerbeteiligung zwingend vorgesehen ist. Wir bewerten das Projekt Seilbahn nach wie vor positiv. Ob es dann auch tatsächlich realisiert werden kann, muss eben ein solches PFV zeigen. Eine entscheidende Frage dieses Planfeststellungsverfahrens wird u. a. sein, wie die Rechte der unmittelbar betroffenen Anrainerinnen und Anrainer zu berücksichtigen sind.“

CDU und Grüne anscheinend für Umweltpur

In der Februar-Sitzung des Verkehrsausschusses wurde der Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer in beide Richtungen verlaufenden qualitativen Radverkehrsführung zwischen Barmen und Elberfeld parallel zur B7 abgelehnt. Der Vorschlag sieht die Führung über die Bleicherstraße, Unterdörnen, Hünefeldstraße, Hardtufer, Hofkamp und Neumarktstraße vor.

Radverkehrskonzept verzögert sich weiter

Dazu erklärt Volker Dittgen, Vorsitzender des Verkehrsausschusses: „Die Talachse ist die wichtigste Verkehrsachse in unserer Stadt. Für Kraftfahrzeuge, den ÖPNV und für den Radverkehr. Für diese Erkenntnis bedarf es keines Gutachtens. Das

Radverkehrskonzept indes verzögert sich immer weiter, sodass wir die Dringlichkeit des Handelns gesehen haben. Ohnehin gibt es auf der Talachse nur wenige Alternativen für eine Radwegverbindung.“

Radwegverbindung im Haushalt berücksichtigen

Sedat Ugurman, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, führt zur Dringlichkeit aus: „Die Zeit drängt unter anderem insofern, als dass im Herbst die Haushaltsberatungen beginnen. Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass die Verwaltung die Radwegverbindung schon jetzt bei der Aufstellung des Haushaltsplanes berücksichtigt. Eine durchgehende Verbindung für den Radverkehr auf

der Talachse muss geplant und dafür müssen Planungsmittel in den Haushalt eingestellt werden. Über unseren Antrag hat der Rat in seiner Sitzung am 25. Februar abschließend beraten und diesen abgelehnt. Das Nein von CDU und Grünen zu unserem Antrag werde ich als klare Positionierung gegen eine parallel zur B7 geführte Radwegverbindung. Ich gehe davon aus, dass das sogenannte ‚Kernbündnis‘ aus CDU und Grünen den Radverkehr über die B7, nach den Vorstellungen der Grünen, führen möchte und dies in Kürze beantragen wird. Ob dieses dann eine sogenannte Umweltpur werden

soll, wird sich zeigen. Eine andere Alternative sehe ich jedenfalls nicht“, so Sedat Ugurman abschließend.



Die von uns vorgeschlagene Strecke, die auch am Hardtufer entlang führt, müsste selbstverständlich so ausgebaut werden, dass Radfahrer diese Talachsenverbindung in beide Richtungen sicher befahren können.

Nachgefragt: Zeitplan Gesamtschule Heckinghausen



Hier an der Bockmühle 10 soll die neue Gesamtschule aller Voraussicht nach ihre Heimat finden.

Im Sommer letzten Jahres hat der Rat der Stadt Wuppertal den Grundsatzbeschluss zum Ausbau des Wuppertaler Gesamtschulangebotes gefasst. Da die Finanzierung zum damaligen Zeitpunkt noch nicht gesichert war, wurde die Verwaltung gleichzeitig damit beauftragt, eine Planungs- und Finanzierungsperspektive zu erarbeiten sowie einen Zeitplan für die Errichtung der Gesamtschule an der Bockmühle 10 zu benennen. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung haben wir nun auf unsere Anfrage hin die Antworten der Verwaltung erhalten:

Frage: Wie weit sind die Planungen für den Bau der 7. Gesamtschule im Stadtteil Heckinghausen vorangeschritten?

Antwort der Verwaltung: Der Grundsatzbeschluss vom 30.05.2018 (VO/0377/18) beinhaltet die wesentlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der 7. Gesamtschule. Die konkrete

Bauplanung hat noch nicht begonnen. Zurzeit werden insbesondere die vorbereitenden Untersuchungen und die Grundstücksverhandlungen geführt.

Frage: Inwiefern ist die Finanzierung dieses Schulbauprojektes sichergestellt? Gibt es inzwischen verbindliche Förderzusagen seitens des Bundes?

Antwort: Das Gesamtvolumen des Schulbauprogramms ist derzeit nicht auskömmlich finanziert. Dazu strebt die Verwaltung eine endgültige Klärung im Zusammenhang mit der Aufstellung des Haushaltsplans 2020/2021 und des mittelfristigen Investitionsprogramms bis 2024 an. Allerdings steht jetzt schon fest, dass dies innerhalb des bisher bestehenden Finanzierungsrahmens nicht möglich sein wird. Derzeit werden zusätzliche Fördermittel lediglich im Zusammenhang mit der Weiterleitung der Bundesmittel aus der Integrationspauschale gesehen; diese stehen für 2019 im Landeshaushalt (verbindlich)

in Höhe von ca. 10 Mio. € zur Verfügung. Entsprechend des Koalitionsvertrages auf Bundesebene ist zu erwarten, dass diese seitens des Bundes auch für die Jahre 2020 und 2021 erwartet werden können. Dieses Fördervolumen wird aber für die Finanzierung aller notwendigen Maßnahmen nicht ausreichen. Für darüber hinausgehende Förderprogramme gibt es aktuell keine „veranschlagungsreife“ Vereinbarungen.

Frage: Gibt es einen konkreten Zeitplan für den Baubeginn und den voraussichtlichen Termin der Fertigstellung? Für welches Schuljahr ist damit zu rechnen, dass die neue Gesamtschule ans Netz gehen kann?

Antwort: Einen konkreten Zeitplan für den Baubeginn gibt es bisher nicht. Nach erster Einschätzung könnte der Baubeginn Mitte 2021 sein. Die komplette Fertigstellung der Gesamtschule könnte Ende 2024 erfolgen.

Sofern alle Voraussetzungen erfüllt werden, wäre ein ordnungsgemäßer Schulbetrieb evtl. Mitte 2023 erreichbar. Sollte eine Realisierung mit einer Interimslösung möglich sein, ist der Schulbetrieb auch vor 2023 möglich.

Frage: Welche weiteren Schritte sind geplant bzw. notwendig, um das Schulbauprojekt nun zügig voranzutreiben?

Antwort: Eine Entscheidung über den Ankauf bzw. Grundstückserwerb ist zwingender Bestandteil der konkreten Bauplanung. Die Verhandlungen werden von der Kämmerei geführt. Auch die damit verbundene Finanzierungsplanung muss in diesem Zusammenhang abgeschlossen werden. Die notwendige Bauvorhabenplanung für die nächsten Jahre befindet sich aktuell im Abstimmungsverfahren. Ab Ende 2019 könnte die Konzeptionsphase (Phase Null) für die neue Gesamtschule beauftragt werden.



Zuletzt wurden Teile der Immobilie ‚Art Hotel‘ vom Ressort Zuwanderung und Integration genutzt.

Sanierung Sportplatz Grundstraße beschlossen

„Wir sehen die von der Verwaltung vorgeschlagene Sanierung des Sportplatzes Grundstraße positiv und haben dieser in der letzten Sitzung des Sportausschusses zugestimmt. An der Grundstraße soll ein weiterer Kunstrasenplatz, ein neues Vereinsheim und eine neue Leichtathletikanlage entstehen“, führt Guido Grüning, sportpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, im Nachgang zur Sportausschusssitzung aus.

Ulrike Fischer, Stadtverordnete für den Bezirk Langerfeld-Nord, ergänzt: „Insgesamt sollen fast 2,6 Mio. Euro am Standort Grundstraße im Norden von



Die gesamte Anlage am Sportplatz Grundstraße wird in 2019 saniert.

Langerfeld investiert werden. Davon werden besonders die umliegenden Schulen und der Vereinssport profitieren. Auch ich hätte, genau wie die Bezirksvertretung vor dem Jahreswechsel angeregt hat, befürwortet, wenn für das alte Vereinsheim ein neuer Standort gefunden worden

wäre. Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass hier eine andere Lösung möglich wird.“

„Laut Planungen der Verwaltung soll der Sportplatz noch in diesem Jahr fertiggestellt werden. Ich setze darauf, dass der Zeitplan auch für den Neubau des Vereins- und Sportplatzhauses zu hal-

ten sein wird. Die Vereine CSI Milano und Hellas werden dann eine moderne, neue Sportanlage nutzen können, wenn auch der Umzug des Hellas von der Clausewitzstraße zur Grundstraße Veränderungen mit sich bringen wird“, so Guido Grüning abschließend.

Änderungsantrag zum Antrag: „Mehr Grün in der Stadt: Bäume, Dachbegrünung und Grünflächen“



Wie hier am Neumarkt in Elberfeld soll zukünftig überall in der Stadt noch mehr Grün sein.

Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen haben wir den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen durch unseren

Änderungsantrag um verschiedene Punkte abgeändert.

Punkt 1. erhält die folgende Fassung: Die Verwaltung

wird beauftragt, im Zuge von Neugestaltung, Umbau oder Sanierungen von städtischen Flächen oder Plätzen frühzeitig den Erhalt vorhandener Bäume bei Planungen, Ausschreibungen und Wettbewerben intensiv zu prüfen. Über die Ergebnisse sind die Gremien zu informieren.

Punkt 4. erhält die folgende Fassung:

Das Gebäudemanagement wird um eine Prüfung gebeten, welche städtischen Gebäude sich für eine Begrünung von Dächern oder

Fassaden eignen.

Punkt 5. erhält die folgende Fassung:

Bei Neupflanzungen von Bäumen auf städtischen Flächen soll für ein gesundes Wachstum darauf geachtet werden, dass die Baumgruben nach Möglichkeit mit einer Standardgröße von mindestens 18 Kubikmetern angelegt werden, so wie es auf dem Von-der-Heydt-Platz bereits umgesetzt werden wird.

Die Änderungen wurden allesamt in die Neufassung des gemeinsamen Antrages aller demokratischen Fraktionen übernommen und in der Sitzung des Rates am 25. Februar beschlossen.

Umgestaltung Heckinghauser Straße



Ein Relikt aus der Verkehrspolitik der 60er und 70er Jahre - die vielspurige Heckinghauser Straße.

„Im Grundsatz ist der Umbau der Heckinghauser Straße beschlossen. Wir möchten, dass jetzt der Zeitplan für den Umbau konkretisiert wird. Einen entsprechenden Antrag haben wir in der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses eingebracht“, er-

klärt Sedat Ugurman, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion.

Unüberwindbare Barriere

Heiko Meins, Stadtverordneter für den Bezirk Heckinghausen-West und Bezirksvertreter, ergänzt:

„Die Heckinghauser Straße ist ein Produkt der Verkehrspolitik der 60er und 70er Jahre. Gerade im Rahmen des Projektes ‚Soziale Stadt‘ soll auch die Umgestaltung dieser Straße begonnen werden. Das ist eine Forderung, die auch die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Heckinghausen wiederholt in die Diskussion eingebracht hat. In ihrer jetzigen Ausprägung entspricht die Heckinghauser Straße überhaupt nicht den Anforderungen einer zeitgemäßen Verkehrsführung. Die Aufenthaltsqualität tendiert gegen Null und für Fußgänger stellt sie eine nur schwer zu überwindende

Barriere im Stadtteil dar.“

Städtebauliches Verkehrskonzept

„Im Haushaltsplan stehen die Finanzmittel zur Umgestaltung bereit. Wir wollen, dass die Überlegungen zu den Umgestaltungen nun auch zu Planungen und dann auch zur Ausführung gebracht werden. Der Ausschuss für Verkehr hat unseren Antrag vertagt und wird erneut darüber beraten müssen, wenn das städtebauliche Verkehrskonzept vorliegt. Im Hinblick auf die Sicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger hätten wir uns allerdings eine zügigere Verfahrensweise gewünscht“, erklärt Volker Dittgen, Vorsitzender des Verkehrsausschusses, abschließend.

Förderprogramm ‚Soziale Stadt‘ sorgt für mehr Grün in Heckinghausen

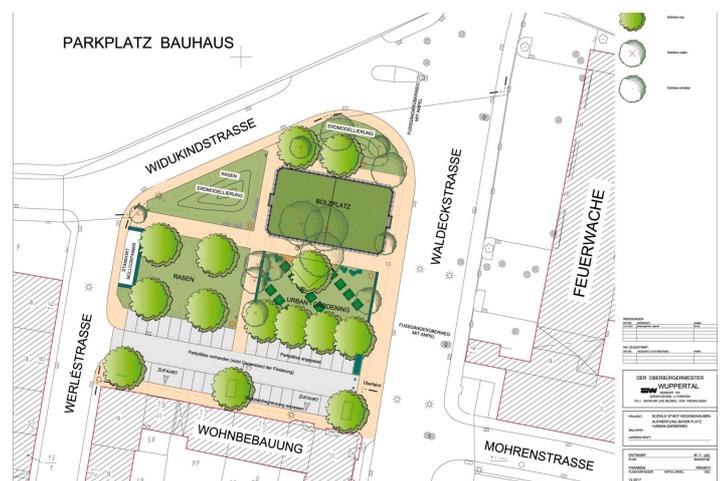
„Für Heckinghausen ist das Förderprogramm ‚Soziale Stadt‘ wirklich ein Segen. Gerade hier sind Grün- und Spielflächen absolute Mangelware. Durch die Aufwertung der Gustav-Müller-Anlage und des Bayer-Platzes wird die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier deutlich verbessert. Hier entstehen gleich zwei grüne Oasen in dem dicht besiedelten Gebiet“, freut sich Heiko Meins, Stadtverordneter und Mitglied der SPD-Fraktion in der BV Heckinghausen.

die Anwohnerinnen und Anwohner bei den Planungen für die Gustav-Müller-Anlage. Eine Woche lang haben sich Kinder, Jugendliche, Seniorinnen und Senioren gemeinsam in kleinen Gruppen ausgetauscht und Ideen erarbeitet, wie die zukünftige Anlage aussehen soll. Diese enge Form der Bürgerbeteiligung trägt sicherlich in ganz besonderem Maße zur Identifikation mit dem eigenen Quartier bei. Und wenn die Anlage dann auch realisiert wird, ist das nicht nur ein wichtiges Signal für die Menschen im Quartier, sondern auch aus dem Quartier heraus. Heckinghausen ist

und bleibt lebenswert“, so stellv. Bezirksbürgermeisterin und stellv. Fraktionsvorsitzende, Renate Warnecke, weiter.

„Die SPD-Fraktion wird sich

in jedem Fall dafür einsetzen, dass die noch fehlenden 41.200 Euro Eigenanteil für dieses Projekt im Haushaltsplan 2020/21 eingestellt werden“, so Meins abschließend.



Entwurfsplan Bayer-Platz

Quelle: Stadt Wuppertal

Schulsekretariatsstunden ausweiten

„Wir möchten von der Fachverwaltung wissen, welche finanziellen und organisatorischen Maßnahmen ergriffen werden müssten, um die Schulsekretariatsstunden insgesamt auszuweiten. Insbesondere im Grundschulbereich, wo Angebot und Bedarfe besonders weit auseinanderragen, benötigen wir ein höheres Stundenkontingent“, erläutert Servet Köksal, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, die Begründung für die Große Anfrage der SPD-Fraktion im Ausschuss für Schule und Bildung.

Situation wird sich zuspitzen

„Die Situation in vielen Schulsekretariaten an den Wuppertaler Schulen ist wirklich schwierig. Das hat nicht zuletzt auch die von der Fachverwaltung erstellte Übersicht zur Ausstattung der Schulen mit Sekretari-

atsstunden gezeigt. Wuppertal hält im interkommunalen Vergleich die rote Laterne hoch. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, denn die Situation wird sich weiter zuspitzen. Es werden weitere Schulen ans Netz gehen, und auch die bereits bestehenden Schulen müssen immer mehr Schülerinnen und Schüler betreuen“, so Renate Warnecke, Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung.

Ausweitung erforderlich

„In der Regel sind es Frauen, die diese Tätigkeit in Teilzeit ausüben. Um auf etwa 25 Wochenarbeitsstunden zu kommen, betreut oft ein und dieselbe Person zwei kleinere



Die Schulsekretariate aller Wuppertaler Schulen werden zukünftig noch mehr Schülerinnen und Schüler betreuen müssen.

Foto: Adobe Stock.

Grundschulen. Da die Verwaltung nicht über einen Springerpool verfügt, sind bei einem einzelnen Krankheitsfall u. U. gleich zwei Schulen vom Ausfall der Schulsekretariatsstunden betroffen. Insgesamt ist das eine enorm angespannte Lage für alle Beteiligten. Wir halten eine Ausweitung der

Sekretariatsstunden für erforderlich, insbesondere im Bereich der Grundschulen. Die Verwaltung hat die Beantwortung unserer Fragen für die nächste Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung angekündigt“, so Servet Köksal abschließend.

Talentschule NRW: Glückwunsch an das WDG Landesweite Kritik am Programm von Yvonne Gebauer



An der Wuppertaler 'Talentschule-NRW', dem Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium, müssen nach dem Umzug noch einige Arbeiten, vor allem im Außenbereich, fertiggestellt werden.

„Wir freuen uns, mit dem Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium (WDG) eine landesweit ausgezeichnete und vorbild-

liche Schule in Wuppertal zu haben, die nun zur Talentschule-NRW ausgewählt worden ist. Hier ist es gelungen, dass sich das Schulgebäude ans pädagogische Konzept anpasst, und nicht andersherum. Ganz nach dem architektonischen Designprinzip ‚Form folgt Funktion‘. Damit ist dieses Gymnasium, insbesondere nach dem Umbau des Schulgebäudes, auf einem neuen und guten Weg“, so Servet Köksal, Sprecher der SPD-Ratsfraktion im Schulausschuss, zu der Entschei-

dung der Landesregierung, das altsprachliche Gymnasium am Johannisberg als NRW-Talentschule auszuwählen.

Förderprogramm kontraproduktiv

Renate Warnecke, Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung, ergänzt: „Die landesweite deutliche Kritik an dem Landesprogramm ‚Talentschule‘ bleibt hiervon unberührt. Wie auch am Beispiel Wuppertal deutlich wird, gefährdet die Landesbildungsministerin

Fortsetzung auf S.9

Fortsetzung v. S.8

Yvonne Gebauer mit diesem Programm nicht nur den sogenannten Bildungsfrieden, sie führt ihn ad absurdum. Dieses Programm ist aus Sicht all der Schulen, deren soziale Herausforderungen besonders schwierig sind, eher kontraproduktiv und führt in die völlig falsche Richtung.“

Gezielte Förderung für alle Schulen

Servet Köksal abschließend: „Wir hätten uns gewünscht, dass zum Beispiel die Else-

Lasker-Schüler-Gesamtschule, als eine der Schulen mit hohem Handlungsbedarf, ebenfalls für das Landesprogramm ausgewählt worden wäre. Neben längst überfälligen und deutlichen Aufstockungen der Bildungsinvestitionen insgesamt benötigen zusätzlich alle Schulen mit besonderen Handlungsbedarfen eine gezielte Förderung. Ungleiches darf nun mal nicht gleich behandelt werden. Bleibt zu wünschen, dass die Else-Lasker-Schüler-Gesamtschule an ei-



Die Else-Lasker-Schüler-Gesamtschule hatte sich ebenfalls für das Landesprogramm beworben, ging aber leider leer aus.

ner erneuten Bewerbungsrunde teilnimmt und vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt von dem, wenn

auch aus unserer Sicht fehlerhaften, Landesförderprogramm profitiert.

„Starke-Familien-Gesetz‘ macht Weg frei für kostenloses Schulmittagessen

Das von der Bundesregierung eingebrachte „Starke-Familien-Gesetz“ bringt deutliche Verbesserungen für das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). Wenn Bundestag und Bundesrat jetzt zügig grünes Licht für das Gesetz geben, wird das kostenlose Schulmittagessen zum Schuljahr 2019/20 eingeführt“, erklärt die Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung,

Renate Warnecke.

Umfangreiche Verbesserungen im BuT

„Mit dem neuen Gesetz sollen unter anderem die Eigenanteile für das warme Mittagessen in KiTas, der Kindertagespflege und Schule sowie für die Schülerbeförderung ab dem 1. August dieses Jahres entfallen, da der Bund dann dieser Aufgabe im Rahmen seiner Sozialgesetzgebung nach-

kommen will. Erfreulich ist auch die vorgesehene Erhöhung des Schulstarterpaketes von 100 auf 150 Euro im Jahr sowie die Ausweitung der Lernförderung auch für diejenigen Kinder, deren Versetzung in die nächste Klasse nicht unmittelbar gefährdet ist“, so Servet Köksal, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und schulpolitischer Sprecher der Fraktion.

Rahmen wir den Vereinszweck dann ändern werden, wird sich klären, wenn das Bundesgesetz auch wirklich greift“, unterstreicht die Vorsitzende des Vereins Schulmittagessen e.V., Renate Warnecke, abschließend.

Zum Hintergrund:

Noch im Dezember hatte die SPD-Ratsfraktion mit dem Antragsentwurf ‚Schulmittagessen durchgängig finanzieren‘ für die Einführung eines kostenlosen Schulmittagessens bei den anderen Fraktionen geworben. Diese Initiative würde sich mit der Reform erübrigen, da der Bund die finanzielle Lücke künftig schließen wird. Das ist aus kommunaler Sicht auch vollkommen richtig, denn der Bund ist für die Sozialgesetzgebung verantwortlich. Wer bestellt, muss auch bezahlen!

Vereinszweck anpassen?

„Natürlich müssen wir dann sehen, was mit dem Förderverein Schulmittagessen e.V. passiert. Dieser bezuschusst das Mittagessen für bedürftige Kinder momentan noch mit 0,50 Cent pro Mahlzeit. Sicherlich gibt es über das Thema Schulmittagessen hinaus Bedarfe, die durch die Arbeit unseres Vereins unterstützt werden könnten. Ich denke da z.B. an Schulen in strukturschwachen Quartieren. Aber ob und in welchem



Der Eigenanteil für das warme Mittagessen in Schule, KiTa und Kindertagespflege wird ab Sommer 2019 vom Bund übernommen.

Foto: Adobe Stock.

Abriss des Seniorentreffs Bromberger Straße unwirtschaftlich und unsozial

„20.000 Euro reichen nach Berechnung der Verwaltung aus, um das Objekt Bromberger Straße 28 für die nächsten fünf Jahre flott zu machen. Die Kosten für einen Abriss bezifferte die Verwaltung in 2018 dagegen auf 80.000 Euro. Wenn man die übliche Preissteigerung berücksichtigt und die Kosten für die Ausstattung des noch zu findenden Alternativstandortes hinzurechnet, macht ein Abriss allein aus wirtschaftlichen Gründen keinen Sinn. Ganz zu schweigen von dem Signal, das man damit an die Menschen im Quartier senden würde“ so Ulrike Fischer, stellv. Ausschussvorsitzende im Betriebsausschuss APH/KiJu.

Wird gut angenommen

„Hier wird wichtige, teilhaberorientierte Arbeit für die Quartiere Sedansberg, Rott und Hatzfeld geleistet. Das belegen auch die Besucher-

zahlen von mehr als 4300 Personen im Jahr. Vor allem für die Seniorinnen und Senioren ist der Treff wichtig und darf nicht einfach für eine kleine Grünfläche geopfert werden“, erklärt Servet Köksal, stellv. Fraktionsvorsitzender und Mitglied im Betriebsausschuss APH/KiJu.

„In der letzten Sitzung des Betriebsausschusses APH/KiJu beantragte das sogenannte ‚Kernbündnis‘ aus CDU und GRÜNEN den ersatzlosen Abriss des Seniorentreffs und der Herrichtung einer Grünanlage an dieser Stelle, falls bis zum Beginn der Abrissarbeiten kein vergleichbares Objekt gefunden wird. Wohl wissend, dass die Wahrscheinlichkeit, eine vergleichbare Immobilie im Quartier zu finden, de facto gegen Null geht. Die Verwaltung hat in den letzten drei Jahren 25 Objekte in Augenschein genommen und sehr intensiv

gesucht. Trotzdem ist es nicht gelungen, hinsichtlich Barrierefreiheit, Größe, Außenfläche, ÖPNV-Anbindung und Parkplatzsituation etwas Vergleichbares zu finden.

Gemeinsamer Antrag

Angestoßen durch den gemeinsamen Antrag von SPD, Die Linken und WfW hätten wir jetzt die Chance gehabt, das ehrenamtliche Engagement im Quartier zu stärken. Stattdessen befinden CDU und GRÜNE, man könne weitersuchen und wenn man nichts findet, ersatzlos abreißen. Diese Argumentation ist in keiner Weise nachvollziehbar“, fährt Köksal fort.

Weitere Anfragen liegen vor

selbsternannte ‚Kernbündnis‘ nicht nur schon bei der Frage Seilbahn selber scheitert.

So wurden im letzten Stadtentwicklungsausschuss drei Bauleitplanverfahren auf Drängen der GRÜNEN mit den Stimmen der CDU vertagt, mit einer Begründung, die fast schon als fadenscheinig bezeichnet werden kann. Da werden drei Bauvorhaben mit mehreren Millionen Investitionssumme auf die lange Bank geschoben und die Gründe dafür noch nicht einmal ansatzweise darge-



Das Gebäude an der Bromberger Straße hat auch ein kleines nutzbares Außengelände.

„Multifunktionale Immobilien dieser Art sind Mangelware im Quartier. Die Bromberger Straße 28 ist baulich intakt und kann mit verhältnismäßig wenig Mitteln wieder hergerichtet werden. Laut Aussage der Verwaltung liegen Anfragen weiterer Gruppen vor, die händeringend solche Räumlichkeiten suchen und bislang nicht fündig wurden. Aus diesem Grunde schlagen wir den Erhalt der Begegnungsstätte vor und werben weiter für unseren gemeinsamen Antrag“, so Ulrike Fischer abschließend.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

was mit freiwilligen Bürgerbefragungen passieren kann, haben wir nicht nur in Aachen bei der sogenannten Campus-Bahn erlebt, dieses erfahren wir gerade beim Brexit und werden wir auch bei der freiwilligen Bürgerbefragung in Sachen Seilbahn in den Fokus rücken müssen. Die SPD-Ratsfraktion hat sich wegen mannigfaltiger Gründe gegen eine solche Befragung ausgesprochen. So zum Beispiel dem, dass zwei Drittel der Studierenden nicht an der Befragung teilnehmen können.

Hauptsächlich aber aus dem Grund, dass wir zu der Verantwortung stehen, in die die SPD-Stadtverordneten gewählt wurden.

Da verwundert es doch sehr, dass das für die Bürgerbefragung federführende ‚Kernbündnis‘ aus GRÜNEN und CDU hervorhebt, dass es in den politischen Gremien wieder inhaltliche Auseinandersetzungen und Diskussionen stattfinden lassen wolle. Ein richtiger Ansatz, den auch wir verfolgen, an welchem allerdings das

legt. Dieses kann auch eine fragile Mehrheit so machen. Nur muss sich dann diese fragile Mehrheit auch fragen lassen, ob sie jegliche Investitionen in unsere Stadt auf die lange Bank schieben will?

Man muss nicht immer mit allen Positionen der SPD-Fraktion übereinstimmen. Worauf Sie aber bauen können, ist, dass wir ein verlässlicher Partner bleiben.

Herzlichst,
Ihr
Klaus Jürgen Reese